

Corona und kein Ende in Sicht

Die Corona-Pandemie, vom inzwischen unrühmlich zurückgetretenen Bundeskanzler „Kurz“-sichtig schon diesen Sommer für beendet erklärt, hat unsere Gesellschaft und damit auch die Schulen nach wie vor fest im Griff.

Im Rückblick auf die vergangenen fast 20 Monate gibt es da zwar durchaus Positives zu berichten, insgesamt fällt die Bilanz allerdings durchwachsen aus.

Hohes Engagement von Seiten der LehrerInnen, der Schulleitungen und Administrationen konnten sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler gut begleitet und mithilfe von Distance Learning, einigermaßen unbeschadet durch diese Zeit gekommen sind – zumindest was die Lernergebnisse angeht.

Dennoch muss uns bewusst sein, dass eine erhebliche Zahl an Kindern und Jugendlichen – man geht von mindestens 100.000 aus – durch den mangelnden oder eingeschränkten Kontakt mit Gleichaltrigen unter ernstzunehmenden psychischen Folgeschäden leidet.

Darüber hinaus legte die Pandemie ein längst bekanntes Defizit unseres Bildungssystems besonders schonungslos offen: Bildung wird „vererbt“. Während Schülerinnen und Schüler, die zu Hause gute Bedingungen und Unterstützung hatten, von der Krise sogar profitieren konnten, wurden andere weiter abgehängt: Auch das intensivste Engagement von LehrerInnen kann die Benachteiligung von Kindern bildungsferner Familien nicht vollständig ausgleichen, wenn das System nicht die Voraussetzungen dafür schafft. Was das bedeutet, werden wir wohl erst in einigen Jahren im vollen Ausmaß sehen.



von **Christine Mössler**

Kritik muss sich die Regierung, und damit auch das Bildungsministerium, für ihren Umgang mit der Ausnahmesituation gefallen lassen: Verantwortung wurde, wo immer möglich, ausgelagert. Für das katastrophale Impfstoffmanagement wurde schnell die EU als Schuldige gefunden. Und aus Angst vor dem Verlust von potenziellen Wählerstimmen durch einen eventuellen weiteren Lockdown überließ die Regierung schon im Frühjahr dieses Jahres das Corona-Management den Ländern. Die dadurch entstandenen unterschiedlichen Verordnungen und Erlässe haben nicht nur für viel Verwirrung, unnütze Aufregung und überbordenden bürokratischen Aufwand ge-

sorgt. Sie haben vor allem auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Kompetenz der Regierung geschwächt, enorme Unsicherheit mit sich gebracht und neben anderen Komponenten die gesellschaftliche Spaltung begünstigt.

Auch im Kontext Schule ließ/lässt das Krisenmanagement zu wünschen übrig. Zwar wurde ein eigener Krisenstab am BMBWF installiert, tätig wurde dieser aber vor allem im Versenden unzähliger Erlässe und Verordnungen sowie zahlloser Pressekonferenzen, die die Bevölkerung beruhigen sollten, jedoch eher der Selbstinszenierung dienten, als dass sie zur Bewältigung der Krise beigetragen hätten. Die Einführung flächendeckender Tests kam denkbar spät, der erste Sommer der Pandemie wurde, was Vorkehrungsmaßnahmen an den Schulen betrifft, gänzlich verschlafen.

Im zweiten Sommer gab es zwar ab 25. August einen Stufenplan, das Krisenmanagement – so wie es an den Schulen wahrgenommen wird – besteht aber nach wie vor hauptsächlich aus Papieren, die den Posteinlauf fluten. Die Krise selbst managen vor allem ▷

▷ DirektorInnen, AdministratorInnen und wir LehrerInnen. Die Installierung von Luftfiltern, längst europaweit als adäquates Mittel gegen die Verbreitung von Aerosolen anerkannt, ist noch immer nicht flächendeckend umgesetzt, da die dafür nötigen finanziellen Mittel fehlen. Ein Scherz, bedenkt man die astronomischen Summen, die pandemiebedingt in die Wirtschaft fließen / geflossen sind.

Gerade verzeichnen wir wieder einen eklatanten Anstieg an Neuinfektionen und befinden uns mitten in einer vierten Welle. Nach wie vor gibt es statt klarer bundesweiter Vorgaben unterschiedliche Verschärfungen der Coronaregeln in den Bundesländern, was Armin Wolf in der ZIB 2 vom 27. 10. zurecht fragen ließ, „ob sich da überhaupt noch irgendjemand auskennt.“

An den Schulen hat Corona die Digitalisierung vorangetrieben – eine durchaus positive Entwicklung, wenn auch immer noch mit viel Luft nach oben. Ein Allheilmittel, wie es uns Faßmann und Co gerne verkaufen wollen, ist sie freilich nicht. Zum einen, weil die digitale Schule nach wie vor in den Kinderschuhen steckt und letztlich auch in dieses Projekt, wie in alle schulischen Belange, viel zu wenig investiert wird. Zum anderen, weil Schule in Österreich unter den oben genannten Bedingungen viel mehr braucht als einen Digitalisierungsschub. Dieser verkauft sich zwar gut, und die digitalen Möglichkeiten sind als zusätzliches Tool im Unterricht auch sehr zu begrüßen, sie lösen aber keine der an den Schulen akuten bzw. schon über viele Jahre schwelenden Probleme.

Was wir brauchen, und das nicht erst seit Corona, ist der erklärte politische Wille, Geld in die Hand zu nehmen, um die über Jahrzehnte angefallenen Defizite ausgleichen. Die erforderlichen Maßnahmen wären (um nur die allerdringlichsten zu nennen):

Kleinere Klassen und Gruppen, Unterstützungspersonal, sowohl administrativ wie auch in Form von UnterstützungslehrerInnen in den Klassen selbst; breite Nachmittagsangebote durch gut ausgebildetes pädagogisches Personal; PsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen vor Ort; die bewusste Gestaltung der Schulen als Lebensraum für die SchülerInnen und das gesamte an den Schulen tätige Personal sowie endlich adäquate Arbeitsplätze für uns Lehrende.

Aber bei diesen Themen, wie leider auch bezüglich Corona, ist wohl kein Ende in Sicht. Die LehrerInnenvertretungen werden vermutlich noch viele Jahre ähnliche Forderungen stellen, und es darf fast darauf gewettet werden, dass sie weitgehend ungehört verhallen, weil Investitionen in die Bildung kurzfristig wenig „bringen“ und damit nicht opportun sind, anders als Bankenrettungen, Unterstützung von Großindustriellen, großzügige Presseförderungen für Massenblätter usw. Und weil das System sich selbst bestätigt, indem es immer noch eine ausreichende Anzahl gut ausgebildeter AbsolventInnen produziert. Das heißt: Wer versagt, ist selbst schuld – ganz gemäß dem neoliberalen Credo. Dabei hatte gerade eine grüne Regierungsbeteiligung die Hoffnung genährt, dass Bildung endlich wieder auf die zentrale politische Agenda kommt und Bildungsausgaben als das Gesehene werden, was sie sind: Die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft mit einer Umwegrentabilität von 1:7!

Christine Mössler

HLW Schrödinger Graz, stellvertr. Vorsitzende des Fachausschusses Stmk.

christine.moessler@steli-ug.at

Tel.: 0664 / 89 77 236

Webinar:

Power-up Gender Equality after the Pandemic Crisis

Mitte Juni 2021 wurde ich zur stellvertretenden Frauenreferentin in der UGÖD gewählt. Als Personalvertreterin in einer der größten Schulen Österreichs, noch dazu in einem eher männlich dominierten Schultyp, freute ich mich ganz besonders auf diese neue Aufgabe. Zu diesem Zeitpunkt ahnte ich jedoch noch nicht, dass ich mich ganz schnell in diese Materie einarbeiten muss. Ich bekam die Chance, mich für die Teilnahme an einem internationalen Webinar zu bewerben und durfte schlussendlich auch tatsächlich daran teilnehmen. Dieses Webinar wurde von ETUI (European Trade-Union Institute for Research – eine Einrichtung des Europäischen Gewerkschaftsbundes) organisiert



von **Tanja Harrich**

und fand vom 29.06.2021 bis 30.06.2021 via Zoom statt.

45 TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen und aus nahezu allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union tauschten sich nach Impulsreferaten in intensiven Gruppenarbeiten aus. Diskutiert wurde über Themen wie „work-life-balance“, „affected sectors“, „job losses“, „equal share“, „violence“ ... hinsichtlich des Frauenbildes und dessen Unterschiede innerhalb der Mitgliedsländer der Europäischen Union – ausgelöst durch die Covid-19 Pandemie – aus. Berichte

auf Französisch, Niederländisch, Spanisch, etc. wurden durch professionelle DolmetscherInnen für alle TeilnehmerInnen ver-

ständig aufbereitet und alle Diskussionen fanden in englischer Sprache statt. Auch wenn in vielen Ländern unterschiedlichste Maßnahmen hinsichtlich Arbeitsmarkt, Homeoffice, Kurzarbeit, etc. ergriffen wurden, wurde doch einheitlich festgehalten, dass sich die Pandemie weltweit überdurchschnittlich schlecht auf die Arbeitswelt bzw. Lebensqualität der Frauen ausgewirkt hatte. Die Pandemie und die damit einhergehende Umstrukturierung des Arbeitsbereichs führten zu einer unglaublichen Belastung für Frauen. Man könnte es als regelrechten Rückschritt in alte Rollenmuster bezeichnen, was definitiv nicht im Interesse der Frauen ist und wieder verstärkt zu Altersarmut, finanzieller und sozialer Abhängigkeit führt.

76% der in der EU in systemrelevanten Bereichen Beschäftigten sind Frauen. Speziell in den ersten beiden Wellen der Pandemie waren Frauen somit einem höheren Ansteckungsrisiko, einer höheren Sterberate, längeren Arbeitszeiten, schlechterer Ausrüstung, aber auch dem Problem der eigenen Kinderbetreuung ausgesetzt (da das Modell der Großfamilie in Europa nicht mehr wirklich gelebt wird). Besonders stark betroffen waren Frauen im Pflegebereich. Dieser Bereich ist wohl einer der schlechtest bezahlten innerhalb der Europäischen Union – die unbezahlte Pflegearbeit von Frauen hat im EU-Schnitt um 3,9 Stunden pro Tag zugenommen, in Österreich ist sie nahezu doppelt so hoch wie die von Männern.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Erwerbstätigkeit hinsichtlich Arbeitszeit und Lohn hat sich während der Corona-Pandemie leider in eine negative Richtung entwickelt. Beträgt im EU-Schnitt die Gehaltsdifferenz zwischen Männern und Frauen bei gleicher Arbeit und gleicher Arbeitszeit ca. 14%, so zeichnet sich zusätzlich ab, dass der Anteil der erwerbstätigen

Frauen tendenziell eher abnimmt und immer mehr Frauen in Teilzeitbeschäftigungen arbeiten. Besonders stark davon betroffen sind Frauen mit kleinen Kindern, geringem Bildungsstand und ebenso Migrantinnen. Dies hat zur Folge, dass für viele betroffene Frauen mit kurz- und langfristigen Auswirkungen hinsichtlich ihrer Gesundheit, ihrer Pension, aber vor allem ihrer finanziellen bzw. wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu rechnen ist.

Eine weitere Ungleichstellung von Frauen und Männern ist in Bezug auf die Homeoffice-Regel zu beobachten. Während sich noch deutlich mehr Frauen im Homeoffice befinden als Männer, bedeutet dies für Frauen eine enorme zusätzliche Belastung, führt nachweislich vermehrt zu familiären Konflikten, und es verstärkt sich die Isolation von Frauen deutlich.

Neben der Tatsache, dass die Pandemie uns Frauen – überspitzt formuliert – zu „multifunktionellen Robotern“ gemacht hat, birgt die Krise aber auch eine enorme Chance, das Rollenbild der Frau zu verändern und den Zusammenhalt und die Solidarität unter uns Frauen zu stärken. Die Bedeutung der Rolle der Frau speziell im Pflege- und Betreuungsbereich wurde durch die Corona-Pandemie deutlich aufgezeigt. Nun liegt es an den Gewerkschaften und den entsprechenden Vertretungen, Konsequenzen aus dieser Krise zu ziehen und sich noch viel stärker für die Gleichstellung von Frauen einzusetzen. Die Europäische Gewerkschaftsbewegung hat mit ihrem „Manifest für Arbeitnehmerinnen“ (ETUC Women Workers Manifesto – equality in the recovery) einen Grundstein dafür gelegt – bis zur Umsetzung wird es aber noch ein langer und steiniger Weg.

**Tanja Harrich, BULME Graz-Gösting
Mitglied Fachausschuss / LL BMHS Stmk**

Termin-AVISO

Schulartenübergreifendes STELI -Seminar

Personalvertretung 5 Jahre nach der Bildungsreform: Austausch – Perspektiven – Visionen.

Bildungshaus Retzhof, 8430 Wagna, Di, 29.3.22 – Fr, 1.4.22
Anmeldung unter gruenbichler@oeli-ug.at

Du möchtest eine Schulung zu einem Thema in Präsenz oder online an eure Schule holen?

So funktioniert's:

- Schreib einen Termin- und Themenvorschlag an gruenbichler@oeli-ug.at
- Bei Online-Schulung kann der ZOOM-LINK an alle Interessierten weitergegeben werden.

Die Schulungen sind flexibel gestaltbar und kostenlos. Als Basis dient das ÖLI-Dienstrechtsskriptum, das auch online frei verfügbar ist: <https://www.oeliug.at/alles-was-recht-ist/dienstrechtsskriptum/>

zoom.us

Unsere Online-Angebote im Schuljahr 2021/22

ÖLI-Café

Austausch – Diskussion – Information
Do, 18.11.21, 16.12.21, 20.1.22 – ab 19:30

PV-Akademie Online

Auszeit oder Ruhestand. Schulung zum Thema Pension, Sabbatical, Bildungskarenz, etc.
Mi, 1.12.21 – 18:00–20:00

Alles rund um die Personalvertretung, Lehrfächerverteilung, Rechte, Aufgaben etc.

Zielgruppe: AHS/BMHS/BS, PV- und GBA-Mandatar*innen und alle Interessierten.
Mo, 31.1.22 – 18:00–20:00

Anmeldung für alle Online-Angebote unter:
oeli-cafe@oeli-ug.at

Demokratie und Schule: Warum das Anti-Korruptions-Volksbegehren auch für die Schule wichtig ist

Am 15. Juni 2021 präsentierte Christina Jilek mit elf weiteren namhaften ProponentInnen aus Justiz und Politik das Rechtsstaat- und Antikorruptionsvolksbegehren.

Christina Jilek war davor als Staatsanwältin für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft mit den Ermittlungsverfahren rund um die Themen Eurofighter und Ibiza befasst. Aufgrund des zunehmenden politischen Drucks hatte sie ihren Dienst quittiert. Ihre persönlichen Erfahrungen motivierten sie gemeinsam mit anderen ExpertInnen zur Gründung dieser parteiunabhängigen und den Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit Folge leistenden Initiative.

Das Anti-Korruptions-Volksbegehren beruft sich auf folgende Grundanliegen, die inhaltlich von allen Parteien als notwendig erachtet werden:

- Anstand und Integrität in der Politik, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit,
- Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und der Ermittlungsbehörden,
- eine moderne und umfassende Antikorruptions- und Transparenzgesetzgebung sowie Pressefreiheit, Medienförderung und Kampf gegen die Inseratenkorruption.

Das umfassende Programm findet sich unter:
antikorruptionsbegehren.at

Warum ist dieses Anti-Korruptionsbegehren auch für die Schule von Interesse?

Unabhängig vom jeweiligen fachspezifischen Lehrplan hält das österreichische Schulgesetz im Punkt „allgemeine Bildungsziele“ fest, dass „das Wissen und Verständnis für gesellschaftliche und politische Zusammenhänge eine wichtige Voraussetzung für ein bewusstes und eigenverantwortliches Leben und für die konstruktive Mitarbeit an gesellschaftlichen Aufgaben ist.“ Die SchülerInnen sollen „unterstützt und begleitet werden, sich mit Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheitsstrukturen (...) kritisch auseinanderzusetzen, um eigene Handlungsspielräume und Lebensperspektiven zu erweitern.“

Diese allgemeinen Bildungsziele gelten unabhängig vom jeweiligen Unterrichtsfach für alle LehrerInnen und sind in den Unterricht zu implementieren.

Unter anderem heißt es, dass „der Unterricht aktiv zu einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie beizutragen hat.“ (Quelle: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568&FassungVom=2018-09-01>)



von **Carina-Maria Herster-Steinpatz**

Es ist somit ein Grundanliegen des Lehrplans, die SchülerInnen zu kritisch denkenden BürgerInnen zu erziehen, die über die Verfassung und über die Grundwerte des demokratischen Staates Bescheid wissen.

Das Antikorruptions- und Rechtsstaatlichkeitsvolksbegehren überschneidet sich inhaltlich eindeutig mit den in den Bildungszielen verankerten Inhalten. Es sollte daher auch für jede/n LehrerIn wichtig sein, sich mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit auseinanderzusetzen und diese gegebenenfalls im Unterricht zu thematisieren, denn ein funktionierender Rechtsstaat ist der wichtigste Grundpfeiler unseres

Zusammenlebens. Nur wenn die Funktion des Rechtsstaats sichergestellt werden kann, ist das Gesetz für alle gleichermaßen gültig, unabhängig von sozialer Herkunft.

Mit 24.000 Unterstützungserklärungen hat das Volksbegehren jetzt bereits die erforderliche Zahl von 8400 Unterschriften deutlich überschritten.

Carina-Maria Herster-Steinpatz
HLW Schrödingerstraße, Graz

Aktuelle Informationen unter <https://www.facebook.com/STELI.UG> und www.steli-ug.at sowie www.oeliug.at

Danke! Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, die am Fortbestand der Steirischen LehrerInnen Zeitung (Stei*Le*Zeit), der parteiunabhängigen, aber nicht unpolitischen LehrerInnenzeitung, Interesse haben, uns auch finanziell zu unterstützen und danken für Überweisungen auf das STELI-UG-Konto bei der BAWAG-PSK, BIC: OPSKATWW, Ktonr. AT45 6000 0000 9204 5066



STEIRISCHE LEHRER/INNEN INITIATIVE
Unabhängige Gewerkschafter/innen

Impr.: Steirische Lehrer/innen Initiative – Unabhängige Gewerkschafter/innen (STELI-UG), Bachweg 41, 8042 Graz. Verantwortliche RedakteurInnen dieser Ausgabe: Christine Mössler, Alfons Wrann. Druck: Khil, Graz.
